Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland | **SV** | **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,90 G.-M. einschl. Bestellgeld b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,50 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pfg Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10158

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunft und Offerten-Annahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen-Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen. . . . .

Nr. 220 — Olpe, Freitag, den 19. September 1924 — 84. Jahrg.

Der erste deutsche Kolonialkongreß eröffnet. — Beamtenfragen. Die Zoll-Linie fällt. — Die Rentenbank setzt den Zinsfuß auf 10 Prozent.

Die Einmütigkeit des Reichskabinetts in der Außenpolitik.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter..

Die Ausführungen, die Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Freitag voriger Woche vor der Presse machte, hatten allerdings im ersten Augenblick den Eindruck erweckt, als nehme er hinsichtlich der beiden, zur Zeit die Außenpolitik beherrschenden Fragen, nämlich Notifizierung der Kriegsschuld und Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gegenüber dem Kabinett und vor allem gegenüber dem Kanzler eine persönlich anders eingestellte Haltung ein. Es hatte dies sofort zu einer gewaltigen Presse-Campagne Anlaß gegeben, die besonders von der äußersten Linken zu einem Sturm gegen Stresemann benutzt wurde,während die Blätter der Rechten seine diesbezügliche Haltung zu unterstützen bestrebt waren.

Dr. Stresemann war von allen Seiten mißverstanden worden und ließ deshalb sofort am folgenden Sonnabend in einem Berliner Mittagsblatt eine authentische Darlegung seiner Ausführungen folgen, die durch Artikel seines Leiborgans der volksparteilichen „Zeit" noch unterstrichen worden sind. In dieser Darlegung betonte Dr. Stresemann, daß er von einer sofortigen Notifizierung der Kriegsschuld nicht gesprochen habe, wenn er auch die Notwendigkeit einer solchen Notifizierung betont habe. Des weiteren führte er aus, daß von einer **prinzipiell ablehnenden Haltung** seinerseits gegenüber dem **Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ebenfalls nicht** die Rede **sein kann** und daß seine Worte mißverstanden sind. Er habe lediglich den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter gewissen Voraussetzungen und gewissen Sicherungen gutgeheißen.

Nach diesen Erklärungen, die ja im übrigen mit ähnlichen öffentlichen Reden Dr. Stresemanns im Reichstag wie auch vor allem mit den Erklärungen des Reichskanzlers vollauf übereinstimmen, konnte man nicht mehr von einer Meinungsverschiedenheit zwischen Dr. Stresemann und dem Kabinett und besonders dem Führer des Kabinetts, dem Reichskanzler Marx reden. Aber die Linkspresse kann sich noch immer nicht beruhigen und sucht dauernd eine Zwiespältigkeit in den Erklärungen des Außenministers zu konstruieren und im weiteren Verfolg davon vor allem eine Meinungsverschiedenheit zwischen Kanzler und Außenminister festzustellen.

Da kommt denn im richtigen Augenblick die offizielle amtliche Mitteilung, daß die Aussprache zwischen Reichskanzler und Dr. Stresemann nicht nur völlige Uebereinstimmung in den ganzen politischen Fragen, vor allem der Frage der Notifizierung der Kriegsschuld und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ergeben hat, sondern, daß die Kabinettssitzung am Montag auch eine vollkommene Uebereinstimmung der Anschauungen des Kabinetts feststellte. Man kan derartigen amtlichen Auslassungen als Politiker ab und zu skeptisch gegenüber stehen aber in **diesem Falle** war es doch sehr gut, auch sofort nach außen hin die einmütige Auffassung des Reichskabinetts in diesen wichtigen außenpolitschen Fragen zweifelsfrei zu dokumentieren.

Was besagt nun diese Einmütigkeit des Reichskabinetts in der Außenpolitik? Nach all dem, was vom Auslande her zu uns herüber gedrungen ist, würde eine **Notifizierung der Kriegsschuld jetzt nicht nur nicht nützen**, sondern dem deutschen Volke großen Schaden zufügen. Es würde die gesamte politische Lage durch ein derartiges Vorgehen ganz unnötigerweise erschwert und die Kriegsschuldfrage selbst auch nicht im geringsten gefördert werden. Nun hat die Regierung zwar den Standpunkt eingenommen und an dem hält sie auch nach wie vor fest, daß eine Notifizierung der Kriegsschuldfrage erfolgen soll; sie hat aber bei keiner Gelegenheit sich auf Form oder Zeitpunkt einer solchen Notifizierung festgelegt, sondern immer wieder erklärt, daß über diese Frage in einem noch stattzufindenden Kabinettsrat endgültig Beschluß gefaßt werden sbll. Dieser Beschluß steht noch aus und soll wahrscheinlich in der außerordentlichen Kabinettssitzung am Montag, dem 22. September, unter Vorsitz des Reichspräsidenten gefällt werden. In welcher Richtung der Beschluß fallen wird, ist heute nach der amtlichen Veröffentlichung über die völlig einmütige Auffassung im Reichskabinett nicht mehr schwer zu sagen. Im Gegenteil, es darf als sicher bezeichnet werden, daß der Kabinettsrat am nächsten Dienstag sich ebenfalls in dem Sinne entscheidet, daß eine Notifizierung vorläufig nicht erfolgen wird, sondern, daß man einen günstigeren neuen Anlaß wählt, um den anderen Mächten unsere Auffassung in dieser Frage mitteilen zu können, und man wird vor allem den Augenblick wählen wollen, den man für geeignet genug hält, daß auch eine derartige Notifizierung bei den Alliierten auf fruchtbaren Boden fällt. Ob dies über kurz oder lang ist, läßt sich heute politisch noch nicht voraussagen; es kann schnell erfolgen, es kann aber auch noch längere Zeit ins Land gehen, bis sich dieser günstige Zeitpunkt bietet.

Wahrscheinlich wird diese Frage dann wieder akut werden, wenn die Frage des Eintritts Deuschlands in den Völkerbund von irgend einer Macht von neuem angeschnitten wird. Darüber hat weder Dr. Stresemann noch der Reichskanzler den geringsten Zweifel gelassen, daß Deutschland dem Völkerbund nicht beitreten kann, wenn die Aufrechterhaltung des im Versailler Vertrag, wenn auch unter Protest abgegebenen Schuldanerkenntnisses des deutschen Volkes in irgend einer Form für unseren Eintritt in den Völkerbund bindend werden soll.

Diese einmütige Auffassung der beiden leitenden Staatsmänner wie auch des Gesamtkabinetts ist auch die des gesamten deutschen Volkes und hier findet sich Regierung und Volk in seltener Uebereinstimmung.

Die Verbilligung der Produktion.

Zu der Aktion der Reichsregierung, die die Verbilligung der Produktion bezweckt, wird uns von wirtschaftspolitischer Seite geschrieben:

Mit den dieser Tage amtlich angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Herbeiführung eines Preisabbaues ist tatsächlich ein sehr gewichtiger Schritt unternommen worden, der wirtschaftspolitisch von der allergrößten Bedeutung ist.

Eine Verbilligung der Produktion ist nicht möglich durch Maßnahmen von unten herauf, sondern von oben herab. Der Appell an die Uneigennützigkeit und an das soziale Empfinden oder gar an Geschäftsmoral hat immer nur beschränkten Wert. Wenn die Produktion bestehender oder steuerlicher Vorschriften wegen in ihrer freien Entfaltung gehemmt ist, dann helfen alle Vorstellungen nichts, die Existenz und ihre Sicherung sind eben Momente, die alles andere überwiegen.

Der Staat selber muß anfangen. Und endlich ist **der Ruf, den wir an dieser Stelle immer wieder erhoben haben**, in etwa erfüllt. Die Tarife der Verkehrsunternehmungen müssen herabgesetzt werden, und damit Hand in Hand muß eine Ermäßigung der Kohlenpreise gehen. Außerdem muß die Produktion von lästigen finanziellen Fesseln, wie sie insbesondere in der Umsatzsteuer bestehen, befreit werden.

Nach diesen drei Richtungen ist nun in der Tat die Regierungsaktion erfolgt. Sie ist noch nicht etwa vollkommen, aber sie ist doch ein vielversprechender Anfang. Und auch dieser Anfang war nur möglich dadurch, daß durch die Londoner Vereinbarungen in unser gesamtes Wirtschaftsleben eine größere Stetigkeit gebracht werden kann.

Weder die Herabsetzung der Tarife noch der Kohlenpreise, noch die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 2,5 auf 2 Prozent und zwar schon mit Wirkung vom 1. Oktober ab können auf die Dauer befriedigen. Auch eine Umsatzsteuer von 2 Prozent für die Produktion ist noch drückend genug, aber eine Erleichterung ist immerhin gegeben und die wichtigsten Voraussetzungen für einen allgemeinen und systematischen Preisabbau sind geschaffen. Ist erst einmal das Brot der Industrie, die Kohle preiswert zu beschaffen, und wird der Transport dieses Urprodukts zu erträglichen finanziellen Bedingungen möglich, dann wird die Produktion als solche rascher angekurbelt werden können, als das unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich war, und auch die Produktionsergebnisse werden, weil sie notwendigerweise billiger als bisher in den Verkehr kommen können, und weil sie obendrein auch mit einer geringeren Umsatzsteuer belastet sind, leichter und schneller Absatz finden. Besonders zu begrüßen ist es, daß die Reichsregierung mit diesen Maßnahmen, insbesondere mit der Herabsetzung der Umsatzsteuer nicht länger warten will und durch eigene Machtvollkommenheit diese Herabsetzung vorwegnimmt ohne die Entscheidung der gesetzgeberischen Instanz, des Reichstages, abzuwarten. Es würde in diesem Falle freilich eine wertvolle Zeit vergehen und die Entscheidung würde erst in einem Zeitpunkte möglich sein, in welchem die Produktion wegen oder vorgeschrittenen Jahreszeit die Erleichterung sich nicht mehr zu nutzen machen könnte. Auch im sozialen Interesse ist es außerordentlich zu begrüßen, daß es nun jetzt doch wahrscheinlich wird, daß geplante Produktionseinschränkungen unterbleiben, und daß andererseits andere Produktionszweige wieder zu einer Erweiterung ihrer Beschäftigung übergehen können.

Die oben erwähnten Maßnahmen würden indessen nicht ausreichen, um eine klare Bahn zu schaffen, wenn nicht im Zusammenhang damit andere, vorwiegend aus der Inflationszeit stammende Hemmungen abgebaut oder ganz beseitigt würden. Auch hier hat die Reichsregierung einen entschlossenen Schritt vorwärts getan. Es kommen eine Reihe von Devisenvorschriften in Wegfall, die ohnehin jetzt, nachdem die Währung sich stabil gehalten hat, und die Erhaltung ihrer Stabilität auch weiterhin gesichert erscheint, nicht mehr erforderlich sind. Was aber noch wichtiger ist: Es wird eine Erweiterung der Kreditgewährungen angekündigt. Die Diskontierungs- und Beleihungsquote wird zunächst um 10 Prozent erhöht und dieser Betrag wird ausschließlich für die Zwecke der Produktionssteigerung Verwendung finden. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß hier eine schwere Gefahrenquelle liegt. Schon bei früheren Gelegenheiten haben wir beobachten können, daß Kreditvermehrungen sofort auch zu Preissteigerungen führten. Würde man das jetzt nicht von vornherein streng verhüten können, dann würde freilich der eigentliche Zweck der Regierungsmaßnahmen, nämlich die allgemeine Preissenkung vereitelt werden. Die Reichsbank wird auch wieder Dreimonats-Wechsel entgegennehmen und Bankakzepte diskontieren. Mit all diesen Maßnahmen werden Möglichkeiten geschaffen, um das Kredit- und Kapitalbedürfnis der Industrie in erhöhtem Maße berücksichtigen und befriedigen zu können. Der größte Druck lastete in den letzten Monaten ja um deswillen auf der Wirtschaft, weil aus Gründen der Erhaltung der Währung die schärfsten Kreditbeschränkungen Platz greifen mußten. Auch heute ist man vielfach in Wirtschaftskreisen noch nicht von gewissen Gepflogenheiten, die in der Inflationszzeit zur Uebung geworden waren, abgekommen und auch die scharfe Feuerprobe und die schmerzliche Reinigungskur, die unsere Wirtschaft seit den Tagen der Inflation bis heute hinter sich hat, hat es immer noch nicht vermocht, alle Schäden auszumerzen. Der Zwang, daß das geschieht, wird sich aber solange weiter geltend machen müssen bis wir tatsächlich wieder auf einer normalen und gesunden Basis stehen. Diese normale und gesunde Basis kann nur ein gesundes und normales Preisniveau sein. Wenn die Reichsregierung in diesem Augenblick zur Erzielung eines solchen Niveaus bestimmte Vorkehrungen treffen muß, so vermag sie das nur deshalb weil zuvor die innen- und außenpolitische Basis auf Grund der aus den Londoner Abmachungen resultierenden Ergebnisse geschaffen worden war. Und die Maßnahmen zeigen zum zweiten, daß wir nun in der Tat über den toten Punkt hinweg sind, und daß wir nun wieder daran gehen müssen, unsere Wirtschaft und unsere Produktion in normale Bahnen einzufügen.

Die Regierungsaktion wird aber erst dann ihren Zweck erfüllen können, wenn auch die private Wirtschaft die Folgerungen aus den jetzigen Entscheidungen zieht. Und die Reichsregierung wird ein wachsames Auge darüber haben müssen, daß nun auch wirklich mit allen Ueberbleibseln aus einer hoffentlich endgültig überwundenen furchtbaren Wirtschaftsepoche entschlossen aufgeräumt wird.

Kleine politische Nachrichten.

Ein deutscher Kolonialkongreß

WTB Berlin, 17. Sept. Heute früh wurde im Auditorium der Universität der **erste deutsche Kolonialkongreß nach dem Kriege** unter dem Ehrenpräsidium des früheren Gouverneurs von Togo des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg, eröffnet. Alle führenden Persönlichkeiten der früheren deutschen Kolonialverwaltung waren erschienen. Nach der Eröffnung durch den Ehrenpräsidenten begrüßte der Rektor der Universität, Professor Groethe, die Versammlung. Nach ihm ergriff der Präsident des Kongresses, Exzellenz Seitz, das Wort. Er führte aus, daß ohne Kolonien Deutschland seine nationale Selbständigkeit nicht wieder erlangen könne, da es sonst nicht imstande sei, seine Bevölkerung zu ernähren. Dann sprach Exzellenz Schnee über die Mandatspolitik die vollkommen verfehlt sei. Diese Ansicht wurde von den evangelischen und den katholischen Missionsvertretern, sowie von dem früheren Medizinalreferenten der Kolonialverwaltung, Professor Steudel, bestätigt. Insbesondere sei die ärztliche Versorgung der früheren deutschen Kolonien viel schlechter als vor dem Kriege. Heute nachmittag finden Sitzungen der sechs verschiedenen Abteilungen des Kongresses statt.

Hauptausschuß des preußischen Landtages.

WTB Berlin, 17. Sept. Der Hauptausschuß des preußischen Laydtages begann am Mittwoch die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums. Mit der Beratung verbunden wurde ein Antrag der Deutschnationalen auf erhöhte Fürsorge für die verdrängten und geflüchteten Beamten und Lehrer. Von der allgemeinen Besprechung ausgeschlossen wurde zunächst die Frage der Auseinandersetzung mit der Krone. Die allgemeine Aussprache beschäftigte sich u. a. mit der Frage der Beseitigung des Wohlfahrtsministeriums und mit der Finanz- und Steuerreform.

WTB Berlin, 17. Sept. In Erwiderung auf Bemerkungen über die

Praxis beim Personalabbau

berief sich im Hauptausschuß des preußischen Landtages der Finanzminister Richter hinsichtlich der Personalpolitik auf Bismarck der seinerzeit als preußischer Ministerpräsident dem Parlament gegenüber das Recht der Krone verteidigte, die leitenden Beamten

ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung

auszuwählen. Immerhin werde bei den Außenstellern vorsichtiger vorgegangen werden müssen. Der Minister betonte als Ansicht der Staatsregierung, es **müsse vermieden werden, daß der Staat und die Staatsämter als Domänen einzelner Kreise**, Stände oder Parteien **angesehen werden** (Sehr richtig) bei der Besetzung der Verwaltungsämter kämen **politische Gesichtspunkte entscheidend für die Oberpräsidentstelle** in Betracht, bei den Regierungspräsidenten sollte das politische Moment nicht in den Vordergrund treten. Für das Gros der Verwaltungsbeamten sei eine gewisse Vorbildung nicht zu entbehren. Beim Beamtenabbau spreche nur der Wert der dienstlichen Leistungen entscheidend mit. Weiter teilte der Finanzminister mit, daß zur Linderung der durch den anhaltenden Regen verursachten

Ernteschäden

von Preußen **10 Millionen Mark** und vom Reich ebenfalls ein entsprechender Betrag zur Verfügung gestellt wurde. Angesichts der großen Schäden werden aber weitere Geldmittel erforderlich sein. (Hoffentlich bleiben diese Gelder nicht wie gewöhnlich in Ostelbien). Zu der Frage

Steuerreform

werde er beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung eine Erklärung abgeben. Ministerialrat Dr. Werke beantwortete eine Anfrage über angebliche Pläne des Reiches auf dem Gebiete des

Besoldungswesens

dahin, daß vom Reich nicht beabsichtigt sei, an den Grundgehältern und sozialen Zulagen jetzt etwas zu ändern; es werde aber an eine angemessene Bemessung der Ortszuschläge gedacht.

() **Berlin**, 17. Sept. Zu der Verhaftung mehrerer **völkischer Führer** in München melden die Blätter, daß einer der Festgenommenen Oberleutnant Brückner, beschuldigt wird, mit einer gewaltsamen Aktion gedroht zu haben, falls Hitler und Kriebel nicht nach sechs Monaten Strafverbüßung freigelassen werden. In den letzten Tagen sah man dem Tageblatt zufolge wieder uniformierte Hakenkreuzler auf Automobilen demonstrativ durch die Stadt fahren.

() **Berlin**, 17. Sept. Zu den Verhaftungen in München bemerkt die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, die Verhaftung von Mitgliedern der Organisation „Frontring" lenkt die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit neuerdings auf die trotz des erlassenen Verbotes nicht aufgegebenen Bestrebungen einzelner Parteien, illegale Kampftruppen für parteipolitische Zwecke zu schaffen. Das Angreifen der Polizei läßt den Schluß zu, daß es sich hier um eine Organisation handelt, in der die Fortführung der verbotenen und angeblich aufgelösten völkischen Kampfverbände zu erblicken ist. Daß von dieser Seite ein Putsch in Bayern geplant sei, hält die Korrespondenz für unmöglich, es sei jedoch Achtsamkeit geboten. Der „Frontring" sei keine auf Bayern beschränkte Organisation. Er habe seine Verbreitung im ganzen Reiche.

Die Bürotechnik als Teil der Verwaltungsreform.

Auf dem Herbstlehrgang der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung hielt Regierungspräsident Dr. Haußmann-Sirasjund einen Vortrag über die Büroverbesserung als Teil der Verwaltungsreform. Er ging davon aus daß die Gesichtspunkte für die Durchführung der Büroreform die gleichen seien wie für die Behördenreform und wies nach, daß die systematische Verbesserung des Geschäftsganges der Behörde organisch zur sogenannten großen Verwaltungsreform führe und die notürliche Voraussetzung für deren Durchführung sei. Es sei deshalb notwendig, endlich mit der Büroreform ernst zu machen. Der Reichskommissar befinde sich auf dem richtigen Wege, wenn er hier eingreife. Preußen werde zweifelsos diesem Beispiel folgen; die schwierigen gesetzgeberischen Arbeiten der sogenannten großen Verwaltungsreform würden dann erheblich erleichtert sein.

Rhein und Ruhr

WTB Mainz, 17. Sept. Wie der Mainzer Anzeiger berichtet, wurde der vom Kriegsgericht Wiesbaden am 29. Juni 1923 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Verleger und Buchdruckereibesitzer Karl d'Anglo auf Befehl des kommandierenden Generals der Rheinarmee aus dem Amtsgerichtsgefängnis Ostthofen entlassen.

WTB Mainz, 17. Sept. Nach dem Mainzer Anzeiger verurteilte das französische Kriegsgericht in Wiesbaden den Marokkaner Hommel den Ali vom 20 Regiment zu 5 Jahren Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechen mit Gewalt.

WTB Essen, 17. Sept. In Verhandlungen, die zu Anfang dieses Jahres mit dem hiesigen Divisionskommandeur geführt worden sind, wurde zugesichert daß im allgemeinen Neubauten von Einquartierung verschont bleiben sollten, um der Bautätigkeit keinen Abbruch zu tun. Jedoch verlangte der Kommandierende General für jeden Bau vorher ein entsprechendes Gesuch.

Nach einer neuerdings ergangenen Entscheidung sollen künftig Neubauten nicht mehr beschlagnahmt werden. Es erübrigt sich infolgedessen die bisher verlangte Einreichung der Anträge.

WTB Aachen, 18. Sept. Gestern abend trafen die wegen versuchter Sabotage bei Hochfeld z. Z. zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Gefangenen Graf Keller, Schulte (Sohn der Schriftstellerin Alse von Stach), Rotzenoerg und Lorbeer, aus Löwen kommend, auf dem hiesigen Bahnhof an. Sie wurden vom Roten Kreuz betreut. Bei demselben Transport befanden sich auch die wegen Sprengungsversuche beim benachbarten Ronheide zu langer Zuchthausstrafe verurteilten Mientzel aus Stollberg und Neuhaus aus Aachen. Sie wurden hier sämtlich in Freiheit gesetzt.

WTB **Paris**, 18. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat der kommandierende General einen Erlaß herausgegeben, in dem es heißt: „In Ausführung des Artikels 14 des Anhanges 3 des Londoner Abkommens wird vom **21. September** mitternachts an

die Zollinie

an der Ostgrenze des besetzten Gebiets aufgehoben werden. Von diesem Tage und von dieser Stunde an wird die im nichtbesetzten Gebiet Deutschlands geltende Gesetzgebung und Tarifierung für die Abgaben aller Art, die durch die interalliierten Dienste im besetzten Gebiete aufgehoben wurden, wieder in Kraft treten.

WTB **Speyer**, 19. Sept. (Drahtb.) Aus dem Gefängnis in **Zweibrücken** wurden heute 11 Gefangene entlassen. Aus dem Gefängnis in Mainz sind 3 Pfälzer entlassen worden. Ferner nahm die Rheinlandkommission 13 Ausweisungen von Pfälzern zurück.

Ausland.

Die Schulden Frankreichs an Amerika

Von einem unserer politischen Mitarbeiter.

Die Rückzahlung der Kriegsschulden Frankreichs an Amerika hat bekanntlich schon seit Beendigung des Krieges eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Diese Frage spielt auch in die deutschen Reparationsleistungen hinein. Frankreich hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, sich auf eine Ermäßigung der deutschen Kriegsschuld nur in dem Umfange einlassen zu können, wie von England und Amerika seine Schulden an diese Alliierten ermäßigt oder erlassen würden.

England hat bekanntlich die französischen Schulden glatt gestrichen und nun richtet sich die Hoffnung Frankreichs noch auf Amerika. Der Krieg hat Frankreich gewaltige Summen gekostet und es wird niemand an den Rand des Ruins gebracht wie auch Deutschland, und die hohen militärischen Rüstungen verhindern jede neue Anspannung dieses einst so reichen Landes. Die französische Schuld an Amerika beläuft sich zur Zeit auf 8,8 Milliarden Dollars ohne die aufgelaufenen Zinsen, die natürlich diese an und für sich schon hohe Schuldsumme noch gewaltig steigern. Amerika hat sich bisher grundsätzlich geweigert, Frankreich seine Schuld oder auch nur einen Teil derselben nachzulassen, und einer der Gründe, die dabei für Amerika mit maßgebend waren, war wohl auch das unsinnige Wettrüsten Frankreichs nach dem Kriege. Es ist wiederholt von amerikanischer Seite darauf hingewiesen worden, daß, wenn Frankreich sich tatsächlich in derart finanzieller Notlage befinde, wie es angibt, es zunächst seine Sparsamkeit auf dem Gebiete der Rüstungseinschränkungen betätigen müsse. Ein Standpunkt, der natürlich alle Berechtigung für sich hat. Dazu kommt außerdem noch der Umstand, daß Frankreich den kleinen neuerstandenen Staaten im Osten mit gewaltigen Geldsummen in Form von Anleihen unter die Arme gegriffen hat.

Nun hat seinerzeit das Mitglied der Interalliierten Schuldenkommission, Hurley, eine Reise nach Frankreich gemacht und offiziell mit den französischen Behörden über die Rückzahlung von Frankreichs Schulden an Amerika verhandelt. Er hat dabei einen Plan entwickelt den die französische Regierung anzunehmen geneigt scheint. Danach sollen die oben erwähnten Schulden Frankreichs innerhalb 65 Jahren zurückgezahlt werden. Man glaubt, daß es Frankreich in 5 Jahren möglich sein wird, ständig jährlich größere Summen an Amerika zurückzuzahlen, anfangs mit 100 Millionen Dollars jährlich, die sich allmählich steigern, bis die Schuld getilgt ist. Die Hälfte der ersten Jahreszahlungen von 50 Millionen Dollars sollen von den Vereinigten Staaten für die französische Industrie verwendet werden, so zum Beispiel für die Finanzierung der Elektrisierung der französischen und belgischen Eisenbahnen um so gewissermaßen das Geld doch wieder in anderem Sinne Frankreich nutzbar zu machen.

Amerikanischerseits verhält man sich diesem Zahlungsplan vorläufig noch reserviert gegenüber, weil man zunächst einmal die Ergebnisse der Durchführung des Dawes-Planes, auf die sich ja zum großen Teil der Plan von Hurley aufbaut, abwarten will. Denn gewissermaßen geben die aus dem Dawes-Plan geleisteten Reparationszahlungen Frankreich die Möglichkeit, seinerseits seinen Verpflichtungen Amerika gegen über nachzukommen.

Italien und Aegypten.

WTB **Rom**, 18. Sept. Die Agentur Roma dementiert energisch kriegerische Absichten Italiens in Aegypten wegen des Scheiterns der Unterhandlungen in der Frage der Grenzregulierung. Derartige offiziöse Unterhandlungen hätten überhaupt noch nicht begonnen.

WTB **Alexandria**, 18. Sept. (Reuter.) Die ägyptische Regierung hat eine beruhigende Erklärung veröffentlicht, in der sie die alarmierenden Meldungen über eine italienische Aktion an der Grenze ausdrücklich mißbilligt aber zugibt, daß eine ungewöhnliche militärische Tätigkeit herrscht die augenblicklich auf die Besetzung von Jerabub hinauslaufe. Es wird erklärt: Die italienische Regierung habe wiederholt die Versicherung gegeben, daß sie nicht beabsichtige, Jerabub zu besetzen. Diese Versicherungen seien von der ägyptischen Regierung entgegengenommen worden.

Spanien und Marokko.

WTB **Madrid**, 17. Sept. **Die militärische Lage in der Westzone Marokkos bessert sich.** General Pedre, Mitglied des Militärdirektoriums, begab sich gestern von Tetuan nach Tanger. Die Hin- und Rückreise wurde im Auto ohne Zwischenfall zurückgelegt, wodurch die kürzlich verbreiteten Nachrichten über Verkehrsunterbrechungen zwischen Tetuan und Tanger widerlegt werden. Die Nachrichten über die gefährdete Lage der Streitkräfte des Generals Serrano entbehren jeder Begründung. Sie befinden sich nach wie vor am Laufluß und werden mit anderen Truppen an den bevorstehenden Operationen teilnehmen. **Die Stellungen am unteren Laufluß und der Stadt Tiguisa werden planmäßig ohne Zwischenfall geräumt.** (Man vergleiche den ersten und letzten Satz.)

WTB **London**, 18. Sept. Der Berichterstatter des Manu erfährt aus Tanger. Das spanische Direktorium wünsche in sofortige Verhandlungen mit dem Rifführer Abd el Kern einzutreten um eine Vereinbarung herbeizuführen. Spanien sei bereit Abd el Kerim ein weites Maß von wirtschaftlicher und administrativer Freiheit außerhalb der spanischen Besatzungszone zuzusichern. Es verlangt dafür die Anerkennung des Sultans von Marokko und des spanischen Protektorats. Die Gegenforderung Abd el Kerims umfaßt die Räumung von Tetuan und aller Gebietsteile, die vor dem französisch-spanischen Vertrag von 1912 noch nicht besetzt waren. Dies wird bedeuten, daß die Spanier nur noch Ceuta und Nellila mit einem geringen Streifen Hinterland, sowie die Inseln Alhucemas und Penon de la Camera, die seit Jahrhunderten spanisch sei, behalten werden. Ferner werde gefordert völlige Selbständigkeit des Riffs und Anerkennung dieser Unabhängigkeit durch Spanien und die Mächte, ferner Entschädigung für Wiederherstellungen sowie Lösegeld für mehrere hundert spanischer Gefangenen, endlich das Recht, Rasfuli und alle Führer, die für Spanien gefochten haben, einzukerkern oder zu verbannen. Als Gegenleistung soll eine konstitutionelle Regierung des Riffs unter einem Sultan gewählt werden, die alle bestehenden kommerziellen und sonstigen Verträge ausführt und das Land für den Handel und die Industrie allen Nationen öffnen wird.

Der Bürgerkrieg in China.

WTB **Paris**, 18. Sept. Einer Havasmeldung aus Peking zufolge hat der Präsident der chinesischen Republik, Tsaolin, den Vorsitz eines Ministerrats geführt, der sich mit den verschiedenen zur Fortsetzung des Krieges notwendigen Maßnahmen beschäftigte. Wu Peo Fu, der Kommandierende General der Regierungstruppen, beabsichtigt nächstens die vorgeschobenen Truppen zu besichtigen.

WTB **Paris**, 18. Sept. Sunyatsen hat an den französischen sozialistischen Abgeordneten Moutet folgende Drahtung aus Kanton gerichtet: Wir arbeiten mit den Heeren von Tschekiang zusammen. Unser Hauptquartier ist nach Liao Kwan, einer wichtigen Stellung 100 Meilen von Kanton entfernt verlegt, und mit dieser Stadt durch eine Eisenbahnlinie verbunden worden.

WTB **Newyork**, 17. Sept. Wie aus **Tokio** gemeldet wird, hat ein Teifun an vielen Stellen Ueberschwemmungen hervorgerufen. Etwa 100 Personen sind umgekommen. In einer Ortschaft des Distrittes Leitama werden 300 Personen vermißt. 14 000 Häuser stehen teils unter Wasser.

WTB **Haag**, 17. Sept. **Das Kriegsministerium** plant für 1925 die Anschaffung von 12 schnellfliegenden Aufklärungsflugzeugen und 16 Aufklärungsflugzeugen für die Artillerie. Die Kosten für jeden Apparat werden sich auf 33000 bezw. 24000 Gulden belaufen.

WTB **London**, 17. Sept. Das Exekutivkomitee des Verbandes der britischen Handelskammern nahm in einer Sondersitzung eine Entschließung an, in der das Parlament aufgefordert wird, die

englisch-russischen Verträge

nicht zu ratifizieren. Mit Ausnahme der russisch-britischen Kammer hatten alle Handelskammern im ganzen Lande die Verträge verurteilt. In der Entschließung wird weiter die Forderung aufgestellt, daß mit keinem Lande ein Abkommen abgeschlossen werden soll, das nicht als fundamentalen Grundsatz die Heiligkeit der Verträge anerkennt. Eine Resolution des Verbandes der britischen Industriellen wendet sich gleichfalls gegen die englisch-russischen Verträge und spricht die Hoffnung aus, daß das Parlament die Ratifizierung ablehnen werde.

Vom Völkerbund.

WTB **Genf**, 17. Sept. In dem Unterausschuß des zweiten Ausschusses, der die Resolution Murrays betreffend die Errichtung eines internationalen Instituts zu bearbeiten hat, wurde beschlossen, dieses Institut der Kommission für geistige Zusammenarbeit zu unterstellen und die Leitung einem Verwaltungsrat zu übertragen, der sich aus fünf von der Kommission zu ernennenden Persönlichkeiten zusammensetzt, die den verschiedensten Nationalitäten angehören müssen. Die Kommission soll gleichzeitig die notwendigen Erhebungen vornehmen um zu verhindern, daß die Arbeiten des neuen Instituts sich mit den Arbeiten ähnlicher Institute kreuzen.

WTB **Genf**, 17. Sept. Benesch, der Präsident der 12er Kommission die das

Schieds- und Sanktionssystem

auszuarbeiten hat, erklärte heute Abend Pressevertretern über das vorgelegene Projekt u. a. es handele sich um ein System, in dem die Schieds- und Sicherheitsfrage eng miteinander verknüpft seien und das später durch eine Abrüstungskonferenz ergänzt werde. Das Projekt befasse sich zunächst mit der Schiedsfrage. Ein zweiter wichtiger Punkt bilde die Frage der Sicherheit. Diese dürfe die politische Unabhängigkeit des Angreifers nicht antasten, jedoch müsse der Angreifer die Kosten der gegen ihn geführten Sanktionen bezahlen. Der Schlußteil des Projektes sei der Abrüstung gewidmet bei deren Einberufung der Rat eine entscheidende Rolle spielen werde.

Kirchliches.

KKV-Romreise.

Wie bereits mitgeteilt, veranstaltet der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands (Sitz Essen-Ruhr) im Frühjahr 1925 aus Anlaß des hl. Jahres eine Reise nach Rom. Die Dauer der Reise ist auf 14 Tage bemessen, kann aber für Interessenten durch Anschlußreisen beliebig ausgedehnt werden. Außer Rom werden die bedeutendsten Städte von Ober- und Mittelitalien besucht. Als Teilnehmer kommen in Frage, alle Mitglieder des Verbandes KKV., deren Angehörige, sowie eingeführte Gäste. Die Kosten der Reise belaufen sich voraussichtlich auf 320.— M. bei Beförderung in der 3. Wagenklasse und 450.— M. in der zweiten Klasse. In diese Preise sind eingeschlossen: Bahnfahrt ab Frankfurt a. M., Gepäckbeförderung, Wohnung und Verpflegung, Trinkgelder, Führung und Besichtigung einschl. der hierbei erforderlichen Wagenfahrten, sowie Gepäck-Unfallversicherung und Peterspfennig. Da nur eine beschränkte Zahl Teilnehmer zugelassen werden kann, empfiehlt es sich, die Anmeldung möglichst bald der Zentrale des Verbandes KKV., Essen, Rüttenscheider Platz 10, zugehen zu lassen, die auch jede weitere Auskunft erteilt.

Die Anmeldung gilt nur dann als festgehend, wenn gleichzeitig 50,— M. als Anzahlung nach Essen (Postscheckkonto Essen 8963) überwiesen werden.

Literarisches

Der Galgenpastor. Heimatgeschichtliche Erzählung von Wilhelm Hüls-Battenscheid K. Busch 1928 (128 S.)

Die Erzählung führt uns in die schreckliche Zeit des 30jährigen Krieges, an den uralten Hellweg, in die zu dem alten Kirchspiel Battenscheid gehörende Bauerschaft Stalleicken. Ihr Held ist eine geschichtliche Persönlichkeit: der geistliche Rat des berühmten Reitergenerals Jan van Werth und päpstlicher Protonotar Dr. theol. Gerhard Wienhoven, weil man ihn, nachdem er mit der Pilger-Kapelle zu Stalleiken belehnt worden war, zu Hilfsdiensten auf dem benachbarten „Galgenplatze" verpflichten wollte, wo sich zwei Galgen des „peinlichen Halsgerichts" des südwestlichen Amtes Bochum erhoben, so erhielt er den Beinamen „Galgenpastor". In packender Weise weiß uns der Verfasser jene entsetzliche Zeit mit ihrem namenlosen Elend, ihren von Hunger und Pest begleiteten Kriegsgreueln zu schildern, und lebensvoll treten uns die Personen und besonders der „Galgenpastor" entgegen. Mag die Erzählung auch her und da noch den Anhänger verraten, so zeigt doch sein Erstlingswerk von großem Talent und hält den Leser von Anfang bis zu Ende gefesselt.

Soziales.

Aus dem christlichen Metallarbeiterverband.

(Verwaltungsstellen Grevenbrück und Olpe.)

)*(**Olpe**, 18. Sept.

Die beiden Verwaltungsstellen haben in den letzten Tagen — jede für ihren Bezirk — eine zahlreich besuchte

Herbsttagung

abgehalten. Von jeder Tagung ist uns ein ausführlicher Bericht zugegangen **Beide Berichte** in ihrem Wortlaut zu veröffentlichen, erschien uns deshalb unzweckmäßig, weil wir dann viele **Wiederholungen** hätten bringen müssen; denn auf jeder Versammlung standen dieselben Fragen zur Verhandlung, und es wurden in Grevenbrück wie in Olpe die gleichen Entschließungen gefaßt. — Die besprochenen Gegenstände verdienen allgemeine Beachtung, die Ergebnisse der Besprechungen sollen darum dem Inhalt nach unverkürzt hier dargeboten werden.

1. **Herr Bezirksleiter Alef-Hagen** hielt in Grevenbrück und Olpe einen Vortrag über:

„25 Jahre christlicher Metallarbeiterverband"

Am 19. Oktober kann nämlich der Verband auf 25 Jahre christlich-gewerkschaftlicher Arbeit zurückblicken. Es sind zweifellos **harte** Arbeitsjahre gewesen, denn der christliche Metallarbeiterverband hatte in seinem Gründungsjahre wie auch später und namentlich heute einen ständigen Kampf zu führen gegen Arbeitgeber, die das Werden und Fortbestehen der gewerkschaftlichen Bewegung nicht gerne sahen, gegen **die Verbände**, deren Ziele nicht mit den Grundlehren des Christentums übereinstimmen und die dennoch in den Kreisen der christl. Arbeiterschaft angelegen gehen und endlich gegen Zweifler und Nörgler aus dem eigenen Lager. Trotz der vielen Gegner — — wahrscheinlich gerade durch die ständigen Kämpfe — hat sich der christliche Metallarbeiterverband eine

sehr beachtenswerte Stellung

im sozialen Leben der Nation erworben. Den Veteranen der christlichen Gewerkschaftsbewegung gebührt der Dank der beteiligten Kreise. Ihre Erfolge werden sicherlich die jetzige Generation aneifern, den Glauben an die Zukunft zu stärken und weiterhin an der Ausbreitung des Verbandes unverdrossen weiter zu schaffen.

2. Herr Gewerkschaftssekretär **Wehner**-Grevenbrück stellte fest, daß bei einzelnen Industriezweigen (Feinblechwalzwerke) eine merkliche Besserung der Lage eingetreten sei. Aber die Zahl der

Erwerbslosen und Kurzarbeiter

sei noch sehr groß. Bei einigen Firmen fänden noch ständig Entlassungen statt. Man scheine auch hier und da in Erwägung zu ziehen, an Stelle von älteren Arbeitern Jugendliche und Arbeiterinnen zu beschäftigen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter wäre also noch immer eine sehr mißliche. — Herr Gewerkschaftssekretär **Schrage**-Olpe zeichnete in einem Vortrage die nach Annahme des Londoner Vertrages geschaffene Situation. Die Verteilung der sich ergebenden Lasten würde noch manche Differenzen im deutschen Volke hervorrufen. — Beide Redner wehrten sich gegen die in Arbeitgeberkreisen anscheinend vorhandene Meinung, daß nur durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit die deutsche Wirtschaft wieder gehoben werden könne. Das sei falsch. 70 Prozent des Volkes sein Lohn- und Gehaltsempfänger. Erhält diese breite Masse nicht eine bessere Kaufkraft, so müsse man doch fragen, wo dann dem-

Das „hysterische" Halsband und die Katzenpfote.

Copyright by M. Feuchtwanger, Halle a. S.

11) Von **Gräfin Eufemia von Adlersfeld-Ballestrem.**

Hedwig nahm die Einladung ganz gern an, denn bei Frau Krautwurscht hatte sie infolge des über ihr schwebenden Damoklesschwertes nicht viel genießen können und spürte nach der Aufregung nun einen ehrlichen Hunger. Während sie danach noch bei der Fürstin den Kaffee trank, wurde Ihrer Durchlaucht ein Paket mit der Aufschrift „Eigenhändig" überbracht, und als sie es mit der Neugier eines gewöhnlichen Menschenkindes sogleich öffnete, entpuppte sich aus der Papierhülle nichts mehr und nichts weniger als — der grüne Kasten, in welchem der Schlüssel steckte. Und in dem Kasten lag ein Brief mit den ungelenken Schriftzügen eines Kindes, ein von Frau Krautwurscht eigenhändig geschriebener Brief folgenden Inhalts:

„Geöhrte Frau Fürschtin!

Dasmal sein Sie klieger gewest wie die ale Krautwurschten, das haben Sie fein gemacht und weil daß ich ja nischte nichts derbei verloren hab kans mir gans recht sein indem daß erscht kein Lärm dermit entsteht, worieber sich ja blos der dritte freit, wies im sprichworte heißt. Das Sie Frau Durchlaufsten im rechte sein mit dem histerischen halsband is mir auch schon eingekommen, aber wie der mensch nu Einmal is man setzt sich auf die hinterbeine und denkt sich: such mich in Patschkau das geld hab ich so gut wie du. Womit ich Sie Frau Durchlaufsten meine aber nur bei mir Du zu Ihnen sage sonst tät ich mirs nich erlaben tun indem das wir ja noch keine schweine mitsamen gehietet haben. Und weil doch die Frau erbprinzessin mir gesagt hat ich sols nur drauff angomen lasen die Frau schwiegermamma werden sich in obacht Nehmen und kein Lärm nich machen indem der kleene her Fürscht der sohn zu der Frau erbprinzessin sein und obschonst noch eine Roznase von jungen, was aber eingal ist den Fürscht bleibt Fürscht, ob er noch in die windeln macht oder schonn ein alter esel ist. Also wie gesagt das haben Frau fürschten Durchlauft sehre fein gemacht indem das wir zweebeede nun scheen heraus sein und ich habe drieber gelacht das mir der bauch waggelt weil jez der zankapel wieder bei Sie is. Ich muß immer noch lachen, worieber um ein har jemand blomächtig geworden is; indem das Sie dachte ich bin übergeschnabt, und da schig ich ihnen den Kasten zurick weil doch Frau Fürschten den mit bezahlt haben und Sie das histerische Halsband doch reinlecken müssen und sage darum keine feinschaft nich und bitte nur um eins, sagen Frau Fürschtin blos wie Sie das angestellt haben, den der kasten war Immer zu und in mein stahl Schranken und die Schlüssel derzu in meiner Tasche und in der nacht unter mein kopküsen nur gestern war er mal ein Paar stunden haußen was niemand nich wissen Konnte den da stand er, auf mein bett und konte ihn Niemand sehn und wie ichn wieder in dem schranken Stellte, da war das histerische halsband noch drin was ich zwar nich gesehn aber gehöhrt hab den ich habs drin waggeln Gehöhrt, also bite Frau Durchlaufsten sein Sie schonst so freindlich und sagen Sie Mir blos wie sis gemacht haben den ich bin doch so Neigierig drauf.

Indem das ich noch für den Gütigen empfang des checken mit dem sollen Betrag für das histerische halsband noch drin was ich zwar nich gesehn aber gehöhrt hab den ich habs drin waggeln Gehöhrt, also bite Frau Durchlaufsten sein Sie schonst so freindlich und sagen Sie Mir blos wie sis gemacht haben den ich bin doch so Neigierig drauf.

Nachdem die Fürstin den Inhalt dieses klassischen Dokuments infolge mehrfachen Durchlesens begriffen und darüber belehrt worden war, daß für den Schlesier Patschkau der Ort ist, für welchen man anderwärts Jericho zu nennen pflegt, lachte sie nicht minder zwerchfellerschütternd wie Frau Krautwurscht über das räthelhafte Verschwinden des „hysterischen Halsbandes"; diesesmal aber sekundierte Hedwig nicht minder herzlich wozu sie ja auch infolge ihres erleichterten Gewissens und der von ihr genommenen Furcht alle Ursache hatte. Die Fürstin ließ sie dann auch noch den Brief lesen, den sie als Antwort auf die Zusendung des Kastens schrieb:

„Liebe Frau Krautwurscht! — Ich danke Ihnen verbindlich für die freundliche Uebermittlung des Kastens, den mein Beauftragter leider zurücklassen mußte, weil er nicht mit durchs Schlüsselloch ging und überdies auch noch als Etui für meinen Schreck dienen sollte. Ich freue mich aufrichtig, daß Sie mein etwas ungewöhnliches Verfahren zur Wiedererlangung meines Eigentums von der heiteren Seite aufgefaßt haben, was ein Beweis für Ihre Klugheit ist. Ich schätze kluge Menschen sehr und freue mich darum auf eine persönliche Bekanntschaft mit Ihnen.

Ihre begreifliche Neugier, zu erfahren, wie es mir möglich war, das Halsband aus dem verschlossenen Kasten in Ihrem Tresor herauszuzaubern, kann ich leider nicht befriedigen. Das ist mein Geheimnis und wird mit mir begraben werden. Mit freundschaftlichem Gruß Ihre

L. Fürstin von Vogelsburg,
(die sich leider nicht rühmen kann, in Patschau geboren zu sein).

Damit endete nun die immerhin nicht ganz alltägliche Geschichte von dem „hysterischen Halsband und der Katzenpfote", welch letztere die Kastanien eigentlich ganz wider ihren Willen aus dem Feuer geholt. Hedwig hat ihren „moralischen Katzenammer" über diese Entgleisung überwunden, und muß sie ihrem Hans ja wohl auch im rechten Lichte gebeichtet haben, denn vier Wochen danach feierte sie ihr Hochzeitsfest mit ihm, bei welchem ein imposanter Kasten mit prächtigem Tafelsilber als Geschenk von der Fürstin-Witwe von Vogelsburg ebensolche bewundert wurde als eine Schnur echter Perlen, von Frau Krautwurscht gespendet. Diese letztere kostbare Gabe ließ den Katzenjammer bei der liebkosen Braut wieder etwas aufleben, während sie bei dem glücklichen Bräutigam ein ganz unverhülltes Schmunzeln auslöste. Ein weiteres Geschenk, bestehend aus einem sehr niedlichen Anhänger in Form einer goldenen, emaillierten Katzenpfote, die eine Kette von verschiedenfarbigen Edelsteinen in den Krallen hielt, eine Spende des jovialen Justizrats, erregte bei den Gästen einiges Befremden, aber sie blieben über die Bedeutung dieses eigenartigen Schmuckes unaufgeklärt.

Die ganze Sache ist überhaupt ein tiefes Geheimnis geblieben, denn alle Beteiligten hatten ein Interesse daran, Stillschweigen darüber zu beobachten Da ich aber ganz unbeteiligt daran war, so durfte ich die Geschichte wahrheitsgetreu weitererzählen, damit der Brief der Frau Krautwurscht der Nachwelt aufbewahrt bleibt, — auf die Gefahr hin, daß sie mich auffordert, sie „in Patschkau zu suchen".

Ende.

Drahtseilattentat

() **Berlin** 17. Sept. Auf der Chaussee zwischen dem Kloster Chorin und dem Bahnhof Chorin wurde gestern abend gegen 10 Uhr ein Drahtseilattentat verübt. Ein auf der Fahrt von Berlin nach Stettin befindliches Automobil fuhr gegen ein über die Chaussee gespanntes Drahtseil, zerriß es jedoch konnte das Automobil seine Fahrt fortsetzen. Kurz nach dem Anprall gegen das Drahtseil tauchte plötzlich ein zweites Automobil auf, das anscheinend das erste verfolgen wollte. Durch Revolverschüsse der Insassen des ersten Autos wurden jedoch die Verbrecher an der Verfolgung verhindert.

Gekentert.

() **Berlin**, 17. Sept. Nach einer Meldung aus Stettin kenterte auf einem Binnensee ein mit 6 Personen besetztes Segelboot. Während es einem zu Hilfe eilenden Dampfer gelang, vier Personen zu retten, ertranken der Schiffer Dabe und ein Fräulein Voß.

Anstoß.

Bei einer fröhlichen Tafel fragte man einen Witzbold, warum man gerade mit dem Weine anstoße, und nicht mit dem Bier usw. Der Gefragte erwiderte: „Weil im Weine Wahrheit liegt, und mit der Wahrheit stößt man immer an."

nächst die erhöhte deutsche Produktion untergebracht werden solle. Im Auslande wohl kaum. Das deutsche Volk selbst müsse kaufkräftiger gemacht werden. Aber auch Erwägungen vom rein menschlichen Standpunkte verlangten dringend eine baldige Lohnerhöhung. Denn bei den heutigen kargen Löhnen der Metallarbeiter könne man sich selbst und seine Familie nicht gesund und arbeitsfähig erhalten. — Befremden erregte es, daß der Arbeitgeberverband den Schiedsspruch, der ab 1 Juli eine Lohnerhöhung von 3 Pfgs pro Stunde vorsah und damit den Stundenlohn auf 48 Pfg. erhöhte, nicht anerkannt hat. Zur Begründung der Ablehnung wurde angeführt, daß z. Zt. ein höherer Lohn als 45 Pfg. für die Metallindustrie nicht tragbar sei. Der Standpunkt wäre um so unverständlicher, weil allgemein eine Produktionsleistung zu verzeichnen wäre, welche die Vorkriegsleistungen übertreffe.

3. Herr Gewerkschaftssekretär **Vetter-Werdohl** führte in Grevenbrück in einem Vortrage über

„Tarifvertrag und Arbeiterrecht"

folgendes aus: Eine Reihe von Arbeitgeberverbänden gehen dazu über, an der Beseitigung der sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu arbeiten. Diesen Bestrebungen müsse mit allen gerechten Mitteln entgegen gearbeitet werden. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der

Arbeitsgemeinschaft,

denn nur dadurch kann unser Wirtschaftsleben wieder aufblühen.

4. **Die beiden Entschließungen** lauten dem Inhalt nach, wie folgt:

a) Obwohl die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, stehen die Preise für Lebensmittel, Schuh- und Lederwaren wie für Bekleidungsstoffe erheblich über dem Friedensstande. Von den maßgebenden Behörden muß ein Abbau der Preise in die Wege geleitet werden.

b) Mit Befremden muß festgestellt werden, daß die gegenwärtige Krise ausgenutzt wurde, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die jetzt bestehende Entlohnung ist unhaltbar, es wird eine angemessene Aufbesserung gefordert. Alle Maßnahmen, die eine Beschneidung der dem Arbeiterstande zustehenden Rechte verfolgen, sind mit allen gesetzlichen und gewerkschaftlichen Mitteln zu bekämpfen.

Soweit die Berichte der Gewerkschaften. Einige Punkte darin schienen mit den von uns gemachten Beobachtungen in Widerspruch zu stehen. Darum setzten wir uns mit dem

Arbeitgeberverband des Kreises

in Verbindung und können folgenden Aeußerungen dieser Stelle gleichzeitig zur Klärung der fraglichen Angelegenheiten veröffentlichen.

1. Der hiesige Arbeitgeberverband steht genau wie die Gewerkschaften auf dem Boden der **Arbeitsgemeinschaft.** Dasselbe hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wiederholt erklärt. Von Maßnahmen zur Beschneidung sozialer Rechte des Arbeiters kann also nicht die Rede sein.

2. Die Einstellung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen **an Stelle** von älteren und verheirateten Arbeitern widerspricht **den Absichten des hiesigen Arbeitgeberverbandes,** dessen sämtliche Mitglieder ständig bemüht gewesen sind, gerade ihren **alten** Arbeiterstand zu erhalten.

3. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in zwei Denkschriften über „Lohnpolitik" und die „Arbeitszeitfrage" den Standpunkt vertreten, daß außer erhöhter Leistung und längerer Arbeitszeit auch die Anlage technischer Betriebsverbesserungen zur Hebung der Wirtschaft erforderlich sei. Gerade die größeren Werke des Kreises haben nach dem Kriege sehr gründliche Betriebsverbesserungen in technischer Hinsicht vorgenommen. Hierauf ist es auch zurückzuführen, wenn die Vorkriegsproduktion tatsächlich erreicht und teilweise überschritten wird. Für das **Reich** allgemein steht die eigentliche Arbeitsleistung 20—30 Prozent unter dem Satze der Vorkriegszeit.

4. Der erwähnte Schiedsspruch hat für den Kreis Olpe — vereinbarungsgemäß — nicht eher Rechtsgültigkeit, bis das für das Siegener Gebiet noch anhängige Streitverfahren in diesem Sinne entschieden ist. (Uebrigens sind weit mehr als 50 Prozent der Metallarbeiter im Akkord beschäftigt, und diese Akkordarbeiter beziehen in metallgewerblichen Betriebe bis zu 65 Pfg., in Walzwerken bis 73 Pfg. teilweise bis 1,15 M. Stundenlohn.) — Daß der heutige Lohn nicht zureichend ist, bestreitet der Arbeitgeberverband nicht. Aber zu einer Erhöhung könne er sich in jetziger Zeit nicht verstehen, weil das die wirtschaftliche Lage nicht erlaubt. Würden höhere Löhne bewilligt, so müßte z. Zt. sofort eine entsprechende Zahl von Arbeitern entlassen werden, weil es unmöglich ist, die erforderlichen Lohngelder aufzubringen. Der Beweis hierfür wird am besten erbracht durch das gänzliche oder teilweise Stilliegen so mancher Werke im Kreise.

Bemerkung der Schriftleitung.

Wie wir nachträglich von der Olper Verwaltungsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes hören, soll sich die oben angeführte 2. **Entschließung** nicht auf den Arbeitgeberverband des **Kreises Olpe** beziehen.

Auf die 1. Entschließung kommen wir noch in den nächsten Tagen zurück.

Der Siegeszug der Bauernvereinsidee.

Von **A. Vogelsang,** Hohenholte,
Vorsitzender des Landw. Kreisvereins Steinfurt.

Einer landwirtschaftlichen Zeitschrift, die als Gegnerin des Westfälischen Bauernvereins vor einiger Zeit gegründet worden ist, ist es sehr auf die Nerven gegangen daß der „Westfälische Bauer" die Nachricht brachte, daß 15 000 Landbündler im Bezirk Trier sich dem dortigen Bauernverein angeschlossen haben und dabei über den Siegeszug der Bauernvereinsidee Ausführungen machte. Jedes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins, das zur Organisation Schorlemers hält, hat sich über die Mitteilung des „Westf. Bauer" gewiß gefreut und anerkannt, daß die bisherigen Landbundfreunde im Bezirk Trier ein Einsehen gehabt haben, daß der Landbund mit seiner einseitig politischen — rein östlichen! — Einstellung nicht künstlich Zwietracht in ein Gebiet tragen soll, das wie das Rheinland seiner Geschichte und Struktur nach in die Organisation der deutschen Bauernvereine hineingehört und das bis zu dem friedensstörenden Eindringen des Landbundes stets Bauernvereinsgebiet war. Nun ist die Einheit glücklicherweise wiederhergestellt. Die Zeitschrift und der hinter ihr stehende Westf. Landbund werden an dieser Tatsache, nicht rütteln können, so peinlich es auch sein mag, wenn sie bei ihrem Eroberungsversuch in Westfalen auf solche Erkenntnisse stoßen müssen.

Der Angriff der betreffenden Zeitschrift veranlaßt mich einige Erinnerungen aus der Zeit vor 4 Jahren aufzufrischen. Wir fragen, weshalb und mit welchem Recht faßt eigentlich eine Zeitschrift, deren Gründung zum Kampf gegen den Bauernverein erfolgte, die Feststellung einer unbequemen Tatsache als Angriff aus Bauernvereinskreisen auf? Es wird offenbar ein neuer Angriffsgrund gesucht. Man darf die Dinge nicht auf den Kopf stellen, wenn nicht im gesamten Bauernverein Westfalens dagegen mobil gemacht werden soll. Der angegriffene Teil ist der Bauernverein, der Störenfried ist der Landbund, der Gründer der Zeitschrift. Als vor vier Jahren der Landbund vom Osten her mit vielem Geld ausgerüstet (woher stammt das Geld?) seine politische Propaganda in unserem seit über 60 Jahren treuen Bauernvereinsgebiet zu entfalten begann, da haben sogleich auf Veranlassung des Bauernvereins Besprechungen und Versuche seitens maßgebender Personen stattgefunden, um die Landwirtschaft Westfalens vor einer künstlichen Spaltung zu bewahren. Heute dreht der Angreifer die Sache um und wendet sich an seine Leser mit folgenden Worten: Es sollte „in der heutigen furchtbaren Zeit doch alles unterlassen werden, was den ohnehin in den organisierten Kreisen des Landvolkes vorhandenen Zwiespalt noch vergrößert. Sehr richtig. Aber wer will denn den Zwiespalt? Bei den damaligen Besprechungen zur Erhaltung des Friedens haben die Vertreter des Landbundes ausdrücklich erwidert, daß sie gerade Kampf und Eroberung wollten und daß sie sich nicht davon abhalten ließen, in das Gebiet des Westfälischen Bauernvereins einzudringen indem seit den Tagen unseres Schorlemer nur eine Einheit bestanden hat und ein Ziel, nämlich in engem Zusammenschluß unter dem Westfälischen Bauernverein unbekümmert um parteipolitische Sonderziele, allein dem Wohle des westfälischen landwirtschaftlichen Berufstandes und der väterlichen Scholle zu dienen.

Noch eins muß auf den unsachlichen Angriff der betreffenden Zeitschrift auf den Bauernverein erwidert werden: Sie sagt, der „fragliche Siegeszug der Bauernvereinsidee besteht lediglich" in dem Trierer Anschluß von 15 000 Landwirten an den Bauernverein. Das Organ kennt anscheinend nicht die Vereinigung der deutschen Bauernvereine. Wer in letzter Zeit den „Westf. Bauer" verfolgt hat, dem ist die wiederkehrende Ueberschrift aufgefallen „aus den 28 deutschen Bauernvereinen". In dieser Feststellung liegt für den, der die Entwickelung dieser Vereine kennt, der beste Beweis, daß der Siegeszug der Bauernvereinsidee nicht fraglich, sondern eine Tatsache ist. In Schleswig-Holstein erwuchs von der Scholle des Bauernstums herauf der Schleswig-Holsteinische Bauernverein und entwickelte sich unter energischer Führung und trotz der kapitalkräftigen Gegnerschaft des ehemaligen Bundes der Landwirte zu einem der bedeutendsten Glieder der Vereinigung der deutschen Bauernvereine.

In Ostpreußen in der Grenzmark in Schlesien, in Oberschlesien halten blühende Bauernvereine die Wacht gegen polnische Durchsetzung unseres Heimatbodens, wie sie leider in der Vorkriegszeit durch Kreise des Bundes der Landwirte, durch Beschäftigung polnischer Landarbeiter sehr stark gefördert war. In Mecklenburg hat sich der Dorfbund der Vereinigung angeschlossen und überall in Mittel-, Süd- und Westdeutschland erstarkt die Bewegung der Bauernvereine von Jahr zu Jahr, ohne daß wir große Geldmittel wie der Landbund dazu flüssig zu machen brauchen. Wir Westfalen sind besonders stolz darauf, denn auf der roten Erde hat die Bewegung der deutschen Bauernvereine unter Schorlemers Führung ihren Anfang genommen. Wir lassen unsern Bauernverein nicht angreifen. Der Landbund kommt für uns als östliches Kapitalgebilde teilweise recht gemischter Zusammensetzung ganz gewiß nicht in Frage. In der schnellen Entwicklung der 28 deutschen Bauernvereine erkennen wir den Siegeszug der Bauernvereinsidee nicht, wie das Landbundorgan meinen möchte, in dem Anschluß von immerhin 15 000 Mitgliedern in einem einzelnen Bauernverein. Das ist bloß ein Einzelfall, dem hoffentlich noch viele andere folgen werden. Das Landbundorgan möchte den Trierer Uebertritt der 15 000 Bauern gerne wegleugnen; aber das ist eine ebenso vergebliche Mühe, wie ein nachhaltiger Eroberungsversuch im Rheinland und auch in Westfalen. Den Landbundinteressenten, denen in ihrem Organ vorgeredet wurde, es handle sich um eine „Verdrehung" ist zu empfehlen, daß sie die Nr. 4 der Zeitschrift des Trierischen Bauernvereins zur Hand nehmen. Dort erfahren sie, daß die Vertuschungsabsicht des Westfälischen Landbundes nicht nützt. Wir finden die Mitteilung des „Westf. Bauer" Nr. 23 mit folgenden Worten bestätigt: „Die Mitgliederzahl des Trierischen Bauernvereins ist im Monat Juli um rund 5800 Mitglieder gestiegen. Dabei ist der Zuwachs durch den kürzlich erfolgten Anschluß des Oberrheinischen Landbundes mit etwa 15 000 Mitgliedern nicht berücksichtigt." Die Gesamtzunahme beträgt also im Trierischen Bauernverein über 20 000 Da wird man im Rheinland heute schon die Landbundmitglieder — trotz des gut finanzierten Einbruches in das Bauernvereinsgebiet — bald an den Fingern abzählen können. Das wäre im Interesse einer einheitlichen Front im gegenwärtigen Wirtschaftskampf und im Interesse des Erstarkens der rein wirtschaftspolitisch orientierten Bauernvereine lebhaft zu wünschen.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

)|(**Olpe,** 19. Sept. Es wird in letzter Zeit lebhafte Klage geführt über das Steigenlassen von Drachen in der Nähe von Starkstromleitungen. Es sind damit schon die ernstesten Gefahren verbunden gewesen. Von einer Elektrizitätsgesellschaft, die im Regierungsbezirk ein weit verzweigtes Ueberlandnetz besitzt, wird darauf hingewiesen, daß durch das Steigenlassen von Drachen in der Nähe von Freileitungsdrähten Stromunterbrechungen herbeigeführt werden können. Derartige plötzliche Unterbrechungen können Industrie und Landwirtschaft in sehr großem Umfange schädigen und Leben und Gesundheit gefährden. Lehrer- und Elternschaft mögen daher die Jugend auf die ernsten Gefahren des Drachensteigenlassens in der Nähe von Starkstromleitungen aufmerksam machen.

„" **Olpe,** 19. Sept. **Die Organisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold** ist weiterhin erheblich im Wachsen begriffen. Der Aufbau derselben, die Einteilung des Bundesgebietes (deutsches Reich) in mehrere Gaue geht ihrer Vollendung entgegen. Zu den jüngsten Gliedern gehört auch der **Ortsverein Olpe** in welchem sich schon eine ansehnliche Zahl treuer Republikaner gesammelt hat. Wir verweisen auf die in der heutigen Nr. bekanntgegebene Versammlung.

☛ **Drolshagen,** 19. Sept. **50jähriges Jubiläum der Spar- und Darlehnskasse.** In diesem Jahre konnte der hiesige Spar- und Darlehnskassenverein auf eine 50jährige segensreiche Tätigkeit zurückblicken. Die Feier des 50jährigen Bestehens unserer Kasse wurde mit der diesjährigen Generalversammlung verbunden. Die Festfeier selbst hielt sich in einfachen, bescheidenen Grenzen und doch bewirkte sie in den Herzen der Festteilnehmer hohe Freude und das Gefühl herzlicher, treuer Zusammengehörigkeit. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles gab Hauptlehrer Stahlschmidt einen kurzen Ueberblick über die Gründung und Entwickelung der Spar- und Darlehnskasse während ihrer 50jährigen Tätigkeit. Die Kasse wurde aus der Not der Zeit ins Leben gerufen. **Landwirte und Gewerbetreibende** und überhaupt der Mittelstand waren in den Händen jüdischer und christlicher Wucherer. Hier konnte nur Selbsthilfe die schlechte Wirtschaftslage beheben. Zwei weitblickende und um das Wohl des Amtes Drolshagen hochverdiente Männer, Dechant Fischer und Amtmann Neuhaus hatten sich um die Gründung der Kasse sehr bemüht. Nach langem Beraten, nach eingehender Aufklärung der Bevölkerung nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten gelang es ihnen mit 33 Mitgliedern die Kasse am 11. Januar 1874 zu gründen. Wenn in späteren Jahren der Wohlstand im Amte Drolshagen zwar langsam, aber stetig voranschritt so war dies in erster Linie ein Verdienst der Spar- und Darlehnskasse, was selbst von den höchsten Behörden öffentlich anerkannt wurde. Von den 33 Gründungsmitgliedern war es nur einem vergönnt, Herrn Joseph Tump, das 50jährige Jubiläum **der Kasse mitzufeiern. Von Anfang an brachte er** der Entwickelung der Kasse das größte Interesse entgegen, war seit 1895 Mitglied des Vorstandes, in welchem er vorbildlich bis heute gewirkt hat. Vom Vereinsvorsteher und von allen Seiten der Festteilnehmer wurde er auf das herzlichste begrüßt. Die Drolshagener Spar- und Darlehnskasse ist die zweitälteste in Westfalen und war bis zum Ausbruch des Weltkrieges eines der größten und bestfundiertesten Institute dieser Art. Die Inflationszeit des verflossenen Jahres 1923 mit ihrer rücksichtslosen Entwertung im Gefolge ist über sie, wie über alle anderen Kassen hinweggerauscht und der Aufstieg muß von neuem begonnen werden. Aber, so schloß der Vereinsvorsteher seinen Rückblick: „Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden und sie werden überwunden in der Einigkeit, worin unsere Stärke liegt. Unsere Väter haben uns die Spar- und Darlehnskasse als ein Vermächtnis hinterlassen und „Was du ererbt hast von den Vätern, bewahre es um es zu besitzen." Herr Generalsekretär Bienert aus Münster der Festredner des Tages, überbrachte zunächst dem Verein die besten Glückwünsche und herzlichsten Festgrüße des Verbandes ländlicher Genossenschaften und des Herrn Oekonomierats Direktor Quabeck, der aus Gesundheitsrücksichten an der Jubelversammlung leider nicht teilnehmen konnte. Er selbst, so betonte Herr Bienert, sei gern und bereitwilligst nach Drolshagen gekommen, um seine Glückwünsche persönlich zu überbringen und an unserer Freude teilzunehmen. Sodann behandelte er in seiner wohldurchdachten Festrede das Thema: „Blicke rückwärts, aufwärts und vorwärts". Seinen formvollendeten Ausführungen folgte die Versammlung mit dem größten Interesse und mit gespannter Aufmerksamkeit. Am Schlusse seiner Rede betonte er, vor allem die Jugend wieder zum Sparen zu erziehen. Dann richtete er auch herzliche Worte an das letzthinterbliebene Gründungsmitglied Herrn Joseph Tump, gratulierte ihm und wünschte dem Achtzigjährigen auch noch ein ferneres Wohlergehen und noch ein langes gesegnetes Wirken im Verein. Des ferneren begrüßte und beglückwünschte er ein weiteres Jubiläumsmitglied, den Herrn Hauptlehrer Stahlschmidt, der im ifd. Jahre auf eine vorbildliche segensreiche 25jährige Tätigkeit als Vereinsvorsteher zurückblicken könne und dankte ihm und auch den übrigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern für ihr aufopferungsvolles, uneigennütziges Wirken in der Genossenschaft. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß unser früheres Aufsichtsratmitglied Herr Pastor Sievering aus Rhode es sich nicht hatte nehmen lassen, persönlich seine Glückwünsche dem Vereine darzubringen.

Sport

:: **Drolshagen,** 19. Sept. Am nächsten Sonntag dem 21. Sept., nachmittags findet im Vereinslokal des Turnvereins eine turnerische Vorführung der Damenriege des Turnvereins Olpe statt. Zu dieser Veranstaltung sind alle aktiven und inaktiven Turner sowie Freunde und Gegner des Frauenturnens freundlichst eingeladen. Hoffentlich trägt die Turnvorführung dazu bei, die Vorurteile, welche noch gegen das Frauenturnen bestehen, zu beseitigen und dem so nützlichen und notwendigen Turnen der Mädchen und Frauen neue Freunde zu werben.

Provinzielles

* **Hagen,** 17. Sept. **Der Einbruchsdiebstahl** bei der Stationskasse in Kabel hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Als Täter kommt ein bei der Station beschäftigter Eisenbahnarbeiter in Frage, der den Diebstahl schon lange vorbereitet hatte. Den zur Verwischung der Spuren am Tatort gestreuten Pfeffer hat der Dieb bereits im Mai gekauft und sich auch einen Schlüsselabdruck zu verschaffen gewußt. Von den geraubten 27 000 Mark konnten über 21 500 wieder herbeigeschafft werden. Das Geld hatte der Dieb mit seiner Braut in Einweckgläser vergraben.

WTB Hagen, 18. Sept. Die Herren Schulte und Adams von hier und Herr Otto Dentzer aus Herdecke sind gestern aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt.

WTB Wetter, 18. Sept. Ein 10jähriger Knabe der mit einigen Schulkameraden im Walde spielte, kletterte auf einen Baum, von dem er herunterfiel. Mit einer Bohnenstange, die der Junge in der Hand hielt, zog er sich am Beine eine Wunde zu, die sich derart verschlimmerte, daß der Unglückliche nach qualvollem Leiden starb.

WTB Brakel, 17. Sept. **Zu der Katastrophe auf der Zeche Schleswig** bei Brakel melden die Blätter, daß von den 11 verunglückten Arbeiter insgesamt fünf getötet worden sind. Fünf Schwerverletzte befinden sich in Lebensgefahr. Nach den bisherigen Feststellungen ist das Unglück durch eine Explosion beim Verladen der Haldenmassen entstanden.

)(**Brakel,** 18. Sept. In der hiesigen Zuckerfabrik ist eine gerade in diesem nassen Jahr wertvolle Neuerung eingerichtet worden. Diese ermöglicht es nämlich, alle Arten von Getreide, das feucht geworden ist, zu trocknen und zwar gegen ganz geringe Entschädigung. Die Einrichtung wird der Landwirtschaft viel Getreide, das sonst dem Verderben ausgesetzt wäre, retten.

WTB Barmen, 17. Sept. Ein äußerst seltenes Arbeitsjubiläum konnte der Buchbindermeister Gust. Korthaus von hier begehen. Der im 81. Lebensjahre stehende Jubilar kann in voller körperlicher und geistiger Frische heute sein **65jähriges Arbeitsjubiläum** bei der Firma Theodor Mitteisten-Scheid begehen.

WTB Duisburg, 17. Sept. **Ein Unglücksfall** ereignete sich auf der Düsseldorfer Chaussee in der Nähe des Ortes Buchholz. Drei Personen, Mann Frau und Kind zogen einen Handkarren, als ein Personenauto angefahren kam und den Mann überfuhr. Das Auto stoppte sofort und brachte den besinnungslos liegen gebliebenen Mann in das nächste Krankenhaus.

Letzte Telegramme.

WTB Graz, 18. Sept. Die **Tagespost** meldet aus Belgrad: Im Gebiete von Belgrad Petrie Djunaja an der jugoslawischen Grenze sind heftige Kämpfe zwischen Anhängern vom Trotogerow und Alexandrow einerseits und Alejka Pascha und Oberleutnant Athanasow andererseits im Gange. Truppen, Polizei und Gendarmerie sind von der Regierung dahin entsandt worden, um in diese Kämpfe einzugreifen. (Warum soll nicht auch da mal wieder ein wenig Krieg geführt werden!)

WTB Paris, 18. Sept. Havas **berichtet aus Konstantinopel:** Eine Drahtung aus **Konstantinopel** kündigt an, daß am 13. September **ein heftiges Erdbeben** viele Dörfer ernstlich beschädigt hat. **Die Eisenbahnlinie** und der Telephonverkehr sind unterbrochen. Die Bevölkerung lagert **auf dem Felde.** Nach den letzten Nachrichten handelt es **sich um ein** Ereignis, dem 102 Dörfer zum Opfer fielen. Man zählt Hunderte von Menschenopfern. **Der Sachschaden** ist bedeutend.

WTB Berlin, 19. Sept. (Drahtb.) Im Hauptausschuß des preußischen Landtages antwortete Finanzminister Richter auf die Anregungen verschiedener Ausschußmitglieder, er sei geneigt, monatliche Uebersichten über den Stand der preußischen Finanzen zu veröffentlichen. Er ging dann ausführlich auf den Personalabbau ein und sagte, dessen Einstellung in Preußen sei abhängig von dem entsprechenden Reichsgesetz, das voraussichtlich im Oktober verabschiedet würde. Auf Anfrage des Abg. König (Soz.) betr. die künftige Lehrerbildung erwiderte der Minister, daß das Staatsministerium über diese Frage noch keinen Beschluß faßte.

WTB Genf, 19. Sept. (Drahtb.) Dem Vernehmen nach besteht in allen Delegationen die bestimmte Absicht, die Arbeiten der Völkerbundsversammlung am 27. Sept. 24 abzuschließen.

Wirtschaftliches

WTB Berlin, 18. Sept. Wie die Blätter hören, hat die Rentenbank beschlossen zur Entlastung der notleidenden Landwirtschaft, ihnen langfristige Kredite durch

Herabsetzung des Zinssatzes

auf Reichsbankdiskont (10 Prozent) zu verbilligen. Die Verbilligungsaktion der Reichsregierung soll durch diese Maßnahme unterstützt werden.

WTB Köln, 18. Sept. **Einer Einladung der Delegation der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Deutschland auf der Kölner Herbstmesse** folgend, besuchte heute vormittag eine große Anzahl aus- und inländischer Pressevertreter die Musterausstellung der USSR auf der Kölner Herbstmesse, die in sehr übersichtlicher Weise den Besuchern die Rohstoffe des Landes und ihre Verarbeitung veranschaulicht. Auf dem sich anschließenden Frühstück betonte Generalsekretär Pieper von der Handelsvertretung der USSR in Deutschland, **daß Rußland und Deutschland aufeinander angewiesen** seien und sich in mancherlei Hinsicht ergänzen könnten, was sich heute schon im Wirtschaftsverkehr bemerkbar mache. Er schloß mit dem Wunsche **daß** der deutsch-russische Verkehr u. Warenaustausch **zum** Wohle beider Länder sich rasch vergrößern möge.

WTB Berlin, 18. Sept. Nach einer Bekanntmachung des Reichsanzeigers beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 92 Shilling 8 Dinars. Ein Gramm Feingold kostet demnach 37,7516 Pence.

WTB Berlin, 18. Sept. **Die Reichsbank** beruft eine Generalversammlung der Anteileigner auf die zur Beschlußfassung über die aus dem neuen Bankgesetz sich ergebende Neuordnung ein. Die Einberufung erfolgte aus dem Bestreben der Reichsregierung heraus, die im Londoner Protokoll vorgesehenen provisorischen Fristen ihrerseits nach Möglichkeit einzuhalten, während andererseits die Reichsbank an die satzungsmäßige Einladung gebunden ist. Sollten die Verhandlungen über die 800 Millionen Goldmark-Anleihe bis zum 4. Oktober nicht zum Abschluß, gebracht sein, so wird eine Vertagung der Generalversammlung eintreten.

WTB Berlin, 18. Sept. Die auf den Stichtag des 16. Septembers berechnete **Großhandelsziffer** des Statistischen Reichsamtes hat gegenüber dem Stande vom 9. September (124,7) im wesentlichen unter dem Einfluß der weiter gestiegenen Getreidepreise um 3,1 Prozent auf 128,6 angezogen. Von den Hauptgruppen erhöhten sich **Lebensmittel** von 117,1 auf 123,3 oder um 5,3 Prozent; davon die Gruppe **Getreide** und Kartoffeln von 107,1 auf 115 oder um 7,4 Proz. Die Industriestoffe gingen von 138,9 auf 138,4 oder um 0,4 Proz. zurück. Die Gruppe Kohle u. Eisen blieb mit 129,4 unverändert. Industriewaren zogen auf 123 ob. um 4,7 Prozs an während die **Einfuhrwaren** von 175,4 auf 156,5 oder um 0,6 Prozent nachgaben.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion J. V.: P. Hüttemann-Olpe; für den lokalen und provinziellen Teil, Feuilleton und Vermischtes: A. Rademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß, Berlin-Schöneberg; für den Reklame- und Anzeigenteil: Ed. Ruegenberg, Olpe.



Man verlange beim Einkauf von „Rahma buttergleich" gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco"

---

gek. Schinken,
roh. „
Lachs „
Ochsenzunge,
Bierwurst,
Kalbs- u. Sardellenleberwurst,
sächs. Landleberwurst,

holl. Käse, vollfett und 40%
Edamer Käse,
Schweizer Käse,
Emmentaler, ohne Rinde
Camembert,
Schloss- und Delikateßkäschen,

Kronenhummer,
Salm,
Mayonaise,
holl. Sardellen, Lose und in Gläsern,
Oelsardinen Dose 45 Pfg.
Lachsschnitzel Pfd. 2 Mk.
Simons-Brot

Adolf Kaiser, Olpe

Fernsprecher Nr. 10.

Samstag, den 20. Sept abends 8½ Uhr im Schwanen (kleiner Saal)

Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Wichtige Tagesordnung.

Alle Republikaner sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand

Empfehle ab meiner Läger

Bracht und Altenhundem,

Saatroggen.

Orginal Petkuser u. anerk. erste Absaat.

Emil Gnacke.

Künstler-Monographien

kaufen Sie in der

Ruegenberg'schen Buchhandlung,
Olpe, Bahnhofstraße.

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ⌀ dauernd gegen Kasse zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hanses, Holzgeschäft,
Rüsenert b. Oberhundem i. W.

Holzbildhauermeister

sucht in Olpe gegen gute Miete, einen

Raum,

für Ausführung seines Handwerks

Gefl. schriftl. Angebote an die Geschäftsst. dss. Bls.

Regensburger Marienkalender
Preis 60 Pfg.

De Suerländer
Preis 60 Pfg.

Nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages von 70 Pfg.
empfiehlt

Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe.

Flügel — Pianos
Einbau-Instrumente
Harmoniums

liefert zu günstigen Preisen Vertretung nur erster Firmen — Sämtliche Reparaturen und Stimmungen werden prompt und nachgemäss ausgeführt.

Pianosessel, Notenständer usw.

Otto Bauer, Klaviermacher,
Siegen, Wallgrabenstrasse 4.
Fernsprecher Nr 1706.

Auskunft erteilt Herr Seminar-Musiklehrer Rosenstengel, Olpe.

Zwangsversteigerung.

Am Sonnabend, dem 20. Sept. vorm. 8½ Uhr werde ich in Sondern

1 Schreibmaschine „Ideal"

öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung verkaufen. (†)3105

Sammelpunkt: Wirtschaft Kühn.

Olpe, den 18. 9. 24.

Rottmann,
Ober-Gerichtsvollzieher.

Dixin

macht Dir das Waschen leicht — es ist in Güte unerreicht;

beim Waschen

Scheuern und beim Putzen ist es von allergrößtem Nutzen!



Halte Samstag, den 20. Sept., nachmittags 5 Uhr, mit einer Auswahl großer u. kleiner

Schweine

beim Gasthof Norbert Deimel

in Olpe.

Eduard Grebe.
Fernruf Wenden 31

Junge Dame sucht ab 1. Oktober für die Wintermonate

möbl. Zimmer

mit voller Pension.

Angebote sind unter Nr. †)3091 an die Geschäftsst. dss. Bls. zu richten.

Emaill Gasherd

mit Backofen für 40 M. abzugeben. (†)3098

Wo, sagt die Geschäftsst. dss. Bls.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern nachmittag 3¼ Uhr unsern lieben, unvergeßlichen treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Fuhrunternehmer

Johann Droege sen.

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach einem arbeitsreichen Leben, wohlvorbereitet durch einen christlich frommen Lebenswandel, infolge eines Schlaganfalles im Alter von 66 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

die trauernden Angehörigen.

Olpe, Siegen, Medebach, Nuttlar, Titmaringhausen, Philadelphia (N.-A.), den 24. Sept. 1924.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. Das feierliche Levitenamt ist Montag morgen 8 Uhr.

Donnerstag, Freitag und Sonnabend, abends 8¼ Uhr, wird in der Kapelle des St. Martinus-Hospitals für den lb. Verstorbenen gebetet. (†)3097

Statt jeder besonderen Anzeige



Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, gestern abend 11 Uhr unsern lieben unvergeßlichen Sohn, unsern guten Bruder und Neffen, den

Jüngling

Joseph Schulte

in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb in der Blüte der Jugend, nach langem, mit vorbildlicher Geduld ertragenem Leiden, öfters gestärkt mit den hl. Sakramenten im Alter von 22 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für den lb. Verstorbenen bittet

Familie Mühlenbesitzer Joseph Schulte.

Meggen, den 18. September 1924.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, dem 21. September, nachmittags ½3 Uhr vom Sterbehause aus Das Requiem beginnt Montag morgen 7 Uhr (†)3096)

Evangelische Gesangbücher

vorrätig in der

Ruegenberg'schen Buchhandlung, Olpe i. W.

Schlosser- u. Klempnerarbeiten

aller Art,

Reparaturen landw. Maschinen, Lieferung von Ersatzteilen usw.

sachgemäß und prompt durch

Westfälische Eisenwarenfabrik Alterauge & Cie. in Drolshagen.

Platina, Gold u. Silber,

alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zu höchstem Tageskurs

Otto Scherer, Attendorn,
752) Wassertor 10.

---

8 Viertelscheid

Hafer

auf dem Halm zu verkaufen. (†)3100

Von wem sagt die Geschäftsst. dss Bls.

Zum 1. Oktober Sohn achtbarer Eltern als

Bäckerlehrling

gesucht.

Joh. Heuel,
Bäckermeister,
Stade b. Olpe

Klavierstimmer

(Konzertstimmer und Intonierer) kommt nach Olpe und Umgegend. Bestellungen an mich direkt oder an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten

Piano-Haus
Karl Horn, Siegen.
Fernruf 1317

Frischen Schellfisch, Cadlan, Rotzungen, Salz- und marinierte Heringe, Rollmops, Bratheringe.

Ww Joh. Liebler,
Olpe.

Nachruf.

Gestern abend starb nach schwerem Leiden unser langjähriger treuer Mitarbeiter, der

Buchhalter

Joseph Schulte jun

aus Meggen

im Alter von 22 Jahren.

Ein talentvoller junger Mann, der zu den besten Hoffnungen berechtigte, ist mit ihm leider allzufrüh dahingegangen. Gleichbeliebt war er bei seinen Vorgesetzten und Kollegen.

Auch über das Grab hinaus bleibt ihm ein ehrendes Andenken gesichert.

Cristinenhütte b. Weggen, den 18. September 1924.

Vorstand und Angestellte der Aktiengesellschaft Christinenhütte

---

Kaufmännische Ausbildung.

Ein neuer Lehrgang beginnt am

Mittwoch, dem 1. Oktober,

Kaufmännische Privatschule von Karl Wolf in Siegen.

